

Positionspapier 157/2024

Ein europäischer Investitionsplan für gute Industriearbeitsplätze

Dokument in der 30. Sitzung des Exekutivausschusses von industriAll Europe verabschiedet
Porto, 28.-29. November 2024 | 2024/157

In einer Zeit, in der sich Millionen von Industriebeschäftigten Sorgen um ihre Arbeitsplätze und die Zukunft ihrer Gemeinschaften machen, muss Europa massiv in die Umgestaltung und Vorbereitung seiner Industrie investieren, damit sie für das anbrechende neue Zeitalter gerüstet ist. industriAll Europe setzt sich seit Langem für eine proaktive Industriepolitik mit strengen sozialen Auflagen für alle öffentlichen Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Industrie ein, wobei öffentliche Gelder und Verträge genutzt werden, um private Investitionen in Europa zu binden. In diesem Dokument soll der Investitionsplan skizziert werden, den die europäischen Industriebeschäftigten fordern, um eine starke industrielle Basis und gute industrielle Arbeitsplätze in Europa zu erhalten.

1. Beispielloser Investitionsbedarf

Die europäische Industrie ist mit einer einzigartigen Kombination miteinander verknüpfter Herausforderungen wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer, geopolitischer und demografischer Art konfrontiert. Sie muss den Übergang zu klimaneutralem und digitalem Wirtschaften vollziehen, während sie gleichzeitig vor dem Hintergrund volatiler geopolitischer Rahmenbedingungen mit zahlreichen Abhängigkeiten zu kämpfen hat. Der ökologische und digitale Wandel erfordern eine schnelle und umfassende Modernisierung des gesamten Produktionssystems, beginnend mit der Energie- und Verkehrsinfrastruktur. Existenzielle Bedeutung kommt dabei der FuE-Förderung zu, wenn Europa in der globalen digitalen und grünen Wirtschaft nicht ins Hintertreffen geraten will. Was die soziale und die beschäftigungspolitische Dimension betrifft, so muss Europa massiv in die Aus- und Weiterbildung seiner Arbeitskräfte investieren, während der öffentliche Dienst und der Pflegesektor eine wichtige Rolle dabei spielen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu meistern.

Die Bereitstellung gigantischer Investitionen ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass Europa diese außergewöhnlichen Umstände erfolgreich bewältigen kann, ohne seine Grundwerte auszuhöhlen. In dem Bericht „The future of European competitiveness“ wird dieser Investitionsbedarf auf etwa 27 % des BIP der EU geschätzt (gegenüber aktuell 22 %) und erfordert eine jährliche Mindestinvestition von zusätzlich 750 bis 800 Mrd. EUR. Dieser jährliche zusätzliche Aufwand entspricht 4,4 bis 4,7 % des BIP der EU, während der Marshallplan zum Wiederaufbau des zerstörten Europas nach dem Zweiten Weltkrieg 1–2 % des BIP ausmachte.

Annual additional investment needs (2025-2030)

In EUR billion

Investment category	2025-2030	
Achieving the energy transition	Energy (including the deployment of clean technologies)	300
	Transport (including charging infrastructure)	150
	Total	450
Becoming a leader in digital technologies	150	
Strengthening defence and security capabilities	50	
Boosting productivity through breakthrough innovation	100;150	
<u>Total annual additional investment needs</u>	<u>750;800</u>	
<i>ECB estimate</i>	<i>771</i>	

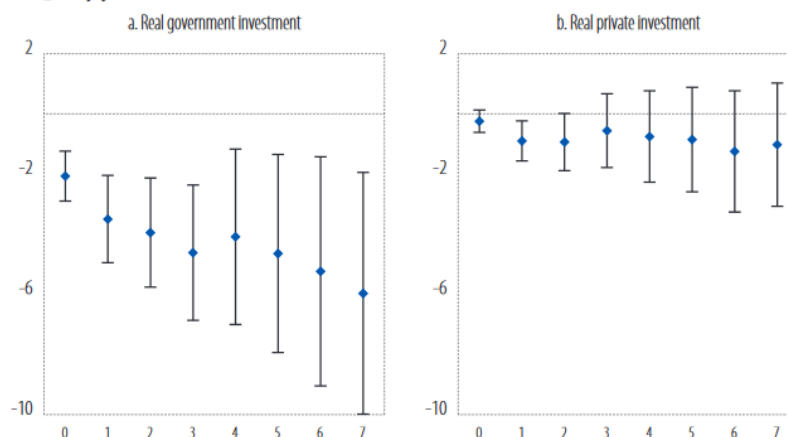
Source: Own calculations based on Commission estimates

Demselben Bericht zufolge stellt sich die Investitions Herausforderung angesichts der in den meisten europäischen Länder zuletzt rückläufigen Trends bei den produktiven Investitionen, sogar noch größer dar. Erstens sanken die Bruttoanlageinvestitionen von 25–30 % des BIP in den 1970er Jahren auf 15–25 % des BIP zwischen 1990 und 2020. Darüber hinaus hat sich seit der Finanzkrise eine erhebliche Lücke zwischen privaten Investitionen in Produktionsanlagen in der EU und den USA aufgetan, die nicht durch öffentliche Investitionen ausgeglichen wird, die in der EU im Vergleich zu den USA gesunken sind und in der EU weiterhin niedriger bleiben.

Zudem müssen auch die Auswirkungen der Sparpolitik auf den Rückgang der Investitionen in Zeiten der Krise bzw. der Erholung berücksichtigt werden. In der Zeit nach der Finanzkrise 2008/2009 ist das perfekte Beispiel dafür, wie die folgende Grafik¹ zeigt. Insbesondere im Hinblick auf die jüngste Finanzkrise hat eine fehlgeleitete Sparpolitik in mehreren Ländern eine selbstverschuldete Rezession ausgelöst, die zu einem dramatischen Rückgang sowohl der öffentlichen als auch der privaten Investitionen geführt hat. Da die europäischen Regierungen durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt sind, konnten private Investitionen in vielen Mitgliedstaaten nicht durch öffentliche Anreize gefördert werden.

¹ [EIB 2023/24 Investitionsbericht „Wettbewerbsfähig durch Transformation“](#).

Figure 10
The effect of fiscal consolidation equivalent to 1% of GDP on real public and private investment
 (% change, by years after the announcement), based on data from 16 OECD countries

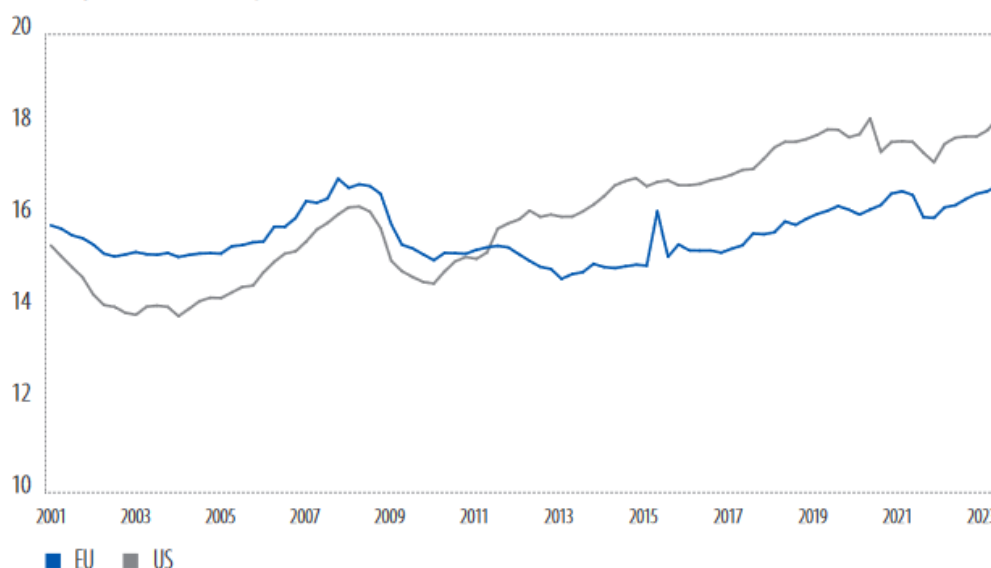


Source: Kolev and Schanz (2024).
 Note: The black lines represent 95% confidence intervals.

Unterdessen ist die Nachfrage insbesondere in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern aufgrund von Lohnstopps oder -kürzungen eingebrochen, die den Beschäftigten die Kosten für eine nicht von ihnen (sondern durch unverantwortliche Unternehmensstrategien großer Banken, ermöglicht durch Deregulierung) verursachte Krise aufbürdeten. Die USA haben nie Regeln für eine sparsame Haushaltsführung (wie den Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU) eingeführt und stattdessen auf Investitionen gesetzt, um Wirtschaftskrisen zu überwinden. Und dies funktioniert angesichts des anhaltenden Rückstands der EU gegenüber den USA bei den produktiven Investitionen und der damit verbundenen Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit der EU offensichtlich viel besser als Sparmaßnahmen.²

² Ebd.

Figure 3
Productive investment (real gross fixed capital formation excluding residential investment, % of real GDP)



Source: Eurostat and Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) national accounts.

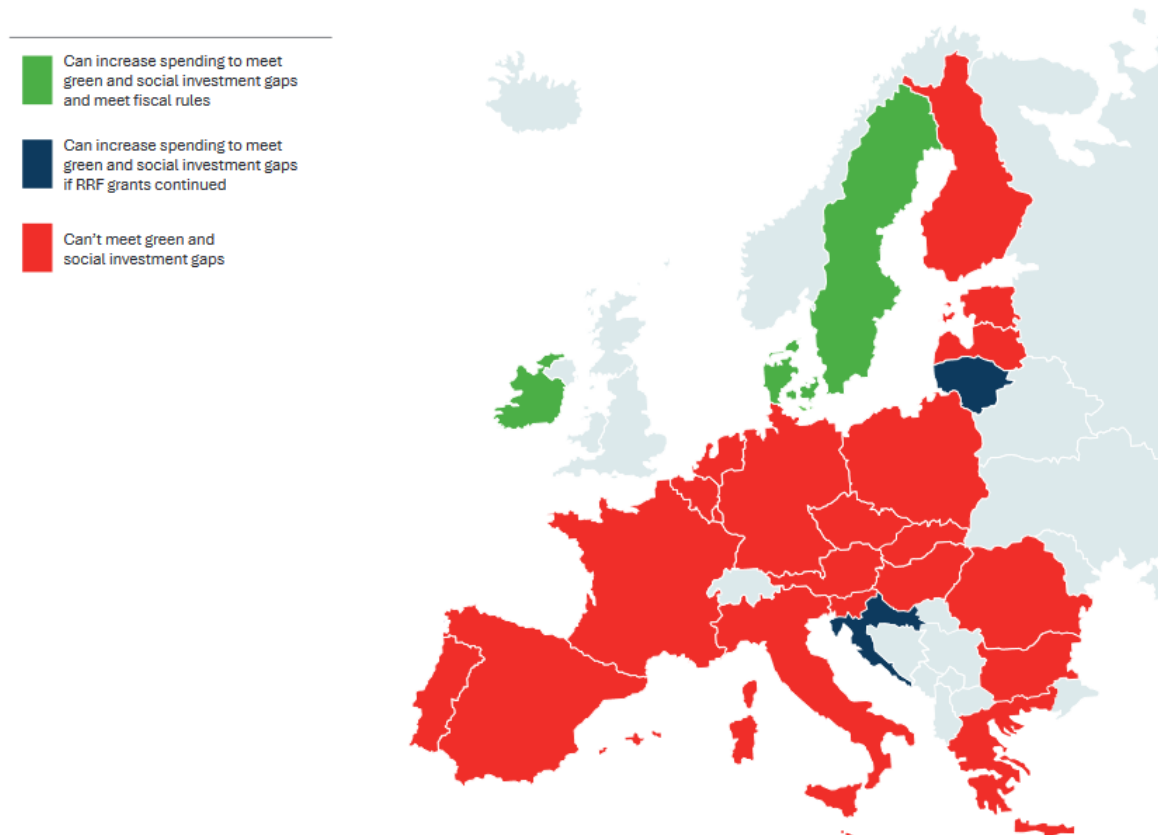
Note: European Union excluding Ireland. Productive investment includes all investment outside of residential investment.

Die Gewerkschaften hofften in Anbetracht der positiven Reaktion der EU auf die COVID-19-Krise mit beispiellosen Unterstützungsprogrammen wie NextGenerationEU oder SURE auf einen positiven Sinneswandel der EU. Es besteht jedoch die Gefahr, dass dies mit dem bevorstehenden Inkrafttreten des reformierten Regelwerks für die wirtschaftspolitische Steuerung nur eine Eintagsfliege gewesen sein wird. Mit den neuen Regeln werden die öffentlichen Investitionen in den meisten Mitgliedstaaten stark zurückgehen, wie die Europäische Investitionsbank einräumt: „[Es] ist mit einer Konsolidierung zu rechnen, wenn die EU wieder Haushaltsregeln in Kraft setzt. Das dürfte die öffentlichen Investitionen überproportional treffen. ... Doch 2024, wenn die allgemeine Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht mehr gilt, sind weitere Einsparungen bei den Haushalten zu erwarten. Historische Daten für 16 OECD-Länder zeigen, dass solche Kürzungen die öffentlichen Investitionen in der Regel überproportional und langfristig belasten.“³ Da gegen acht Mitgliedstaaten ein Defizitverfahren eingeleitet wurde, werden sich die Auswirkungen der EU-Haushaltsregeln auf die Staatsausgaben bald bemerkbar machen. Eine Reihe wichtiger politischer Ziele der EU könnte dadurch ernsthaft untergraben werden, denn Untersuchungen zeigen, dass nach den neuen Regeln nur drei Mitgliedstaaten in der Lage sein werden, die zur Erreichung ihrer Klimaziele notwendigen sozialen und ökologischen Investitionen zu tätigen.⁴

³ Ebd. S. 7.

⁴ [Examining the impact of EU Fiscal rule on social and green investments.](#)

FIGURE 6. Map of social and green investment gaps compared to fiscal rules and continuation of RRF grants



Der Investitionsbedarf muss auch aus einer globalen Perspektive betrachtet werden, da die großen Volkswirtschaften im Wettbewerb um die führende Rolle bei der ökologischen und digitalen Transformation der Industrie stehen. Während die EU dabei ist, wieder auf Sparmaßnahmen zu setzen, verfolgen die USA weiterhin das erfolgreiche Rezept, private Investitionen durch öffentliche Mittel mit sozialen Auflagen zu fördern. Die Leitinitiativen zur Unterstützung von Investitionen in die Cleantech-Produktion sind der *Inflation Reduction Act* (391 Mrd. USD) sowie der *CHIPS and Science Act* (280 Mrd. USD), während das *Bipartisan Infrastructure Law* eine beispiellose Investition in die US-Infrastruktur ausgelöst hat, da darin 1,2 Bio. USD für Verkehrs- und Infrastrukturausgaben genehmigt werden, von denen 550 Mrd. USD für „neue“ Investitionen und Programme vorgesehen sind. Hier spielen zwar auch andere Faktoren eine Rolle, aber die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe der USA ist in den letzten zehn Jahren um 7,6 % gestiegen.⁵ Ebenso haben sich die realen Ausgaben für den Bau von Produktionsanlagen in den USA seit Ende 2021 verdoppelt (siehe Grafik unten).⁶

⁵ US Federal Bureau of Labour Statistics, [Employment by Major Industry Sector](#).

⁶ <https://home.treasury.gov/news/featured-stories/unpacking-the-boom-in-us-construction-of-manufacturing-facilities>

Figure 1: Real Total Manufacturing Construction Spending



Notes: Value of Private Construction Put in Place for Manufacturing, U.S. Census Bureau. Monthly at a seasonally adjusted, annualized rate. Nominal spending deflated by the Producer Price Index for Intermediate Demand Materials and Components for Construction, Bureau of Labor Statistics.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die entsprechenden US-Sektoren zeichnen sich bereits ab. Ein aktueller Bericht, der im Juni 2024 von der NRO *Transport & Environment* veröffentlicht wurde, zeigt, dass Nordamerika – wo weniger Autos produziert werden als in Europa – die meisten Investitionen im Bereich der Elektromobilität anzieht. 37 % der angekündigten Investitionen entfallen auf Nordamerika, verglichen mit 26 % in Europa.⁷

Chinas Industriestrategie beruht ebenfalls auf gigantischen öffentlichen Investitionen. 2023 hat China 2,5 % seines BIP in Energieprojekte investiert, während es in der EU und den USA nur 1,7 % bzw. 1,9 % des BIP waren. Der Anteil Chinas an den weltweiten Investitionen in saubere Energie beträgt 33 %, während der der EU bei 20 % liegt.⁸ Was die FuE-Ausgaben im Energiebereich betrifft, so hat China das Ziel seines 14. Fünfjahresplans (2021–2025) – eine jährliche Steigerung um 7 % – übertroffen. In Europa hingegen stagnieren die entsprechenden öffentlichen Mittel.⁹ Auf China entfallen außerdem 65,4 % der wirkungsvollsten Forschungspublikationen im Bereich Elektrobatterien und 26,9 % der weltweiten Patente im Bereich Elektroantrieb. Diese Vormachtstellung ist insbesondere auf Subventionen in Höhe von 230 Mrd. USD zurückzuführen, die im Zeitraum von 2009 bis 2023 bereitgestellt wurden.¹⁰ Diese Investitionsstatistik zeigt, dass Europa bei Investitionen in strategische Sektoren an Boden verliert, was die Zukunft seiner Industrie und der damit verbundenen Arbeitsplätze gefährdet.

Obwohl es wichtig ist, die Investitionsfrage aus einer globalen Perspektive zu betrachten, haben weder die USA noch China Gesellschaftsmodelle, die wir in Europa anstreben. Staatliche Unterstützung in der Größenordnung Chinas ist nichts, was wir kopieren sollten, und die sozialen Konditionalitäten im IRA dienen auch dazu, die vielen Mängel des US-Sozialmodells auszugleichen, wenn man bedenkt, dass die USA bei den Sozialindikatoren wirklich schlecht abschneiden. Der europäische Ansatz sollte auf dem europäischen Sozialmodell mit Wohlfahrtsstaaten, starken und freien Gewerkschaften, sozialem Dialog,

⁷ [Car maker's EV investments – is Europe falling behind?](#)

⁸ [IEA World Energy Investment outlook 2024](#)

⁹ In den Jahren 2022 und 2023 beliefen sich die Ausgaben der öffentlichen Hand für Forschung, Entwicklung und Demonstration im Energiebereich in Europa auf 13,5 Mrd. USD.

<https://www.iea.org/data-and-statistics/data-tools/energy-technology-rdd-budgets-data-explorer>

¹⁰ Stephen EZELL, „How innovative is China in the Electric Vehicle and battery Industries?“, ITIF – Hamilton Center on Industrial Strategy, Juli 2024.

guten Arbeitsbedingungen und Chancen für Arbeitnehmer*innen aufbauen. Dies muss mit einer fortschrittlichen Industriepolitik kombiniert werden, die gute Arbeitsplätze und wettbewerbsfähige Industrien für den grünen und digitalen Wandel schafft und für das neue geopolitische Umfeld geeignet ist.

2. Mobilisierung privater Finanzierungen im Dienste gesellschaftlicher Interessen

Dem Bericht über die „Zukunft des Binnenmarktes“ von Enrico Letta zufolge verfügt die EU über private Ersparnisse in Höhe von 33 Bio. EUR, die hauptsächlich auf Girokonten liegen. Werden die Ersparnisse in die Realwirtschaft in Europa gelenkt, so kann dies dazu beitragen, die Investitionslücke zu schließen. Die Schaffung eines Rechtsrahmens zur Mobilisierung der Ersparnisse von Bürger*innen zur Finanzierung der Realwirtschaft sollte in dieser Legislaturperiode eine Priorität der EU darstellen. Ebenso muss die Reform der europäischen Banken- und Finanzsysteme zur besseren Mobilisierung privater Investitionen (Kapitalmarktunion) zugunsten produktiver Investitionen in den kommenden Jahren ganz oben auf der politischen Agenda der EU stehen. Dabei muss jedoch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Ersparnisse ungleichmäßig in der Gesellschaft verteilt sind, insbesondere vor dem Hintergrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die Reallöhne steigen nicht im gleichen Maße wie die Inflation. Dementsprechend ist daran zu erinnern, dass eine progressive Einkommens- und Vermögensbesteuerung ebenfalls ein sehr effizientes Mittel sein kann, um Ersparnisse durch öffentliche Investitionen und gut finanzierte öffentliche Dienstleistungen zu sozialisieren. Gleichermaßen darf das Ziel einer verstärkten Mobilisierung der Ersparnisse der Bürger*innen nicht als Freibrief für eine Abkehr von umlagefinanzierten Rentensystemen hin zu kapitalgedeckten Renten verstanden werden, die das Einkommen der Rentner*innen der Marktvolatilität aussetzen. Europa muss unter Berücksichtigung nationaler Zuständigkeiten „inklusive und angemessenere Rentensysteme schaffen, die angemessene Einkommensersatzraten und einen angemessenen Lebensstandard über den Schutz vor Armut hinaus gewährleisten“¹¹.

Ein Grund für unzureichende produktive Investitionen ist auch die übermäßige Finanzialisierung der Wirtschaft. Dies führt zu übermäßiger Dividendenausschüttung und Aktienrückkaufprogrammen, die der Realwirtschaft allzu oft dringend benötigte Investitionen vorenthalten haben.¹² Ebenso muss Europa der Profitgier der Konzerne und den üppigen Vergütungspaketen für Topmanager*innen ein Ende setzen. Die EU sollte ein rechtliches Rahmenwerk schaffen, um die Gewinnverwendung zugunsten der Realwirtschaft neu zu regeln, damit gute Industriearbeitsplätze in Europa erhalten und geschaffen werden können. Es ist Zeit, Regeln aufzustellen, um sich auf die grundlegenden Funktionen des Finanzsektors zu besinnen: durch Spareinlagen finanzierte produktive Investitionen in die Realwirtschaft. Durch zusätzliche Regulierung müssen eine erneute Zunahme des Schattenbankwesens und spekulatives Short-Trading verhindert und die negativen Auswirkungen aktivistischer Aktionäre auf langfristige Unternehmensstrategien angegangen werden. Soziale Auflagen, die Beteiligung von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen oder die Unternehmensbesteuerung sind allesamt Instrumente, die die EU mobilisieren muss, um sicherzustellen, dass private Finanzmittel in den Dienst sozialer Interessen gestellt werden und nicht bloß dazu dienen, eine wohlhabende Minderheit noch reicher zu machen.

Soziale Auflagen, um für mehr produktive Investitionen zu sorgen, gewinnen insbesondere in Anbetracht der Verteilung (oder besser Nicht-Verteilung) der Rekordgewinne der letzten Jahre an Bedeutung. Unternehmen in den Sektoren Energie, Automotive, Stahl und Pharma haben in den Jahren nach der COVID-19-Krise Rekordgewinne [ausgewiesen](#), die mit Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufen in

¹¹ Siehe EGB-Stellungnahme: [For fair and inclusive pension policy in the EU](#).

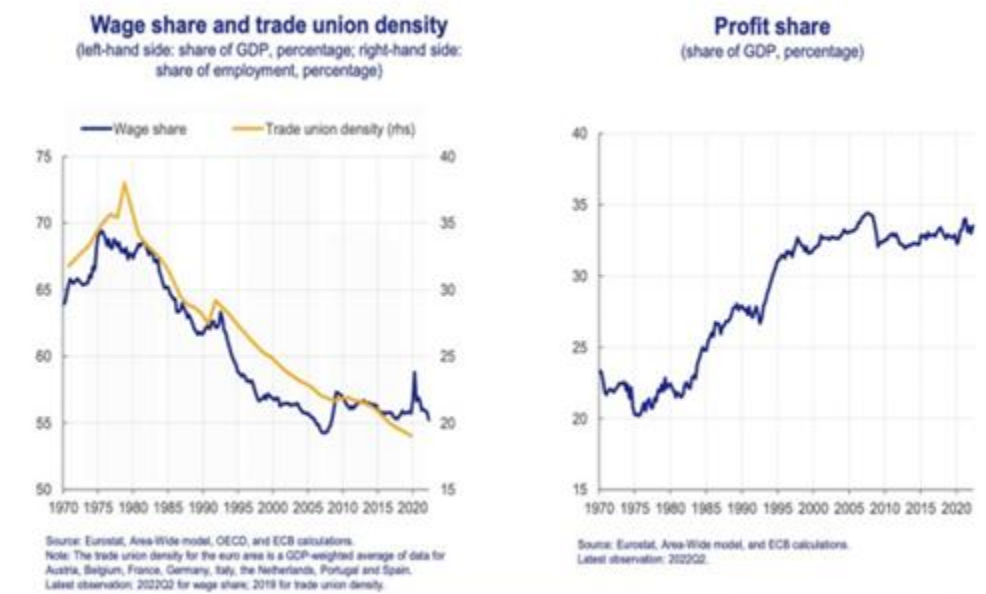
¹² Siehe [S&P Global Market Intelligence](#) und [Allianz Global Investors Dividend Study](#).

Rekordhöhe einhergingen, während Investitionen in Standorte und FuE stagnierten und das Reallohnwachstum zum Stillstand kam.

Die Dividenden im Automobilsektor stiegen im vergangenen Jahr um fast 25 % auf die Rekordhöhe von 46 Mrd. EUR. Europäische Unternehmen waren, neben Japan, führend bei der Ausschüttung von Dividenden. Auf sie entfielen im vergangenen Jahr 40 % des Gesamtanstiegs. Heute kündigen dieselben Unternehmen massive Kostensenkungsstrategien an, die die Deindustrialisierung Europas beschleunigen werden, zum Teil weil sie diese Rekordgewinne nicht erreichen oder übertreffen können.

Es ist an der Zeit, Unternehmensstrategien, die ausschließlich auf Gewinnmaximierung basieren, öffentlich zu kritisieren. Die strategische Autonomie Europas sollte Vorrang vor reinem Shareholder Value haben. In dieser Zeit des tiefgreifenden Wandels brauchen wir einen europäischen Industrieplan, mit dem sichergestellt wird, dass wir die richtigen Investitionen tätigen, um unseren sozialen Bedürfnissen und Klimaerfordernissen gerecht zu werden, und gleichzeitig Arbeitnehmer*innen und strategische Industriekapazitäten zu schützen, wo erforderlich. Eine Industrie, die wir bereits verloren haben, können wir nicht mehr transformieren, aber der Strukturwandel kann nicht aufgehalten werden, und öffentliche Gelder sollten nicht ausgegeben werden, um veraltete und unrentable Industrieaktivitäten zu retten, die nicht strategisch sind.

Laut EZB-Daten ist das Haupthindernis für Industrietätigkeiten in Europa die mangelnde Nachfrage. Löhne und Gehälter müssen ebenfalls als ein entscheidendes Mittel zur Ankurbelung privater Investitionen in Europa angesehen werden, denn sie machen 37,5 % des BIP der EU aus.¹³ Wenn Kaufkraft und Reallöhne weiterhin stagnieren – in vielen europäischen Ländern liegen die Reallöhne immer noch unter dem Niveau von 2019 – wird sich die Situation weiter verschlechtern. Die Unterstützung von Tarifverhandlungen und die Umsetzung der Mindestlohnrichtlinie müssen als Priorität angesehen werden, um private Investitionen vonseiten der Haushalte zu fördern.



¹³ [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Annual national accounts - evolution of the income components of GDP#Shares of income components to GDP in 2023](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Annual_national_accounts_-_evolution_of_the_income_components_of_GDP#Shares_of_income_components_to_GDP_in_2023)

Ein Blick auf die Entwicklungen seit den 1970er Jahren zeigt, dass die in vielen westeuropäischen Ländern umgesetzte Liberalisierungspolitik ihre Spuren hinterlassen hat. In diesem Rahmen erfolgten Angriffe auf zentrale (insbesondere sektorale) Tarifverhandlungen und Einschränkungen der Gewerkschaftsrechte, die die Möglichkeiten der Beschäftigten, sich zu organisieren und zu streiken, beeinträchtigten. Tarifverhandlungen sind ein grundlegendes Instrument für eine gerechtere Umverteilung, da die von ihrer Gewerkschaft vertretenen Beschäftigten bei den Verhandlungen sicherstellen können, dass ein angemessener Teil des erwirtschafteten Wohlstands auch für Investitionen und Entgelte verwendet wird. Tarifverhandlungen als solche können als Kontrollinstrument im heutigen Shareholder-Kapitalismus angesehen werden, mit dem sichergestellt wird, dass nicht alles in den Taschen der Aktionäre landet. Die Schwächung zentraler Tarifverhandlungsstrukturen und die Einschränkung der Gewerkschaftsrechte haben das Machtungleichgewicht zwischen dem Faktor Arbeit und dem Faktor Kapital verstärkt und den Weg für weiter zunehmende Ungleichheit, wie schon in den letzten fünf Jahrzehnten, geebnet. Dies hatte einen Einbruch der Lohnquote und einen Rückgang der produktiven Investitionen zur Folge, während die Gewinnquote stark anstieg. Dieser Aspekt der historischen Analyse fehlt im Draghi-Bericht völlig, ist aber in Pikettys Buch „Capital and Ideology“ nachzulesen.

Die Geldpolitik wirkt sich auch auf Investitionen aus, und industriAll Europe begrüßt die jüngste Entscheidung der EZB, die Leitzinsen zu senken. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, um die Kapitalkosten zu senken, die eines der größten Hindernisse für Investitionen in Europa darstellen.¹⁴ Aber natürlich sind die Bekämpfung der Inflation und die Kontrolle der Kosten für Energieimporte für die Industrie und die Industriebeschäftigten nach wie vor von großer Bedeutung.

3. Wieder mehr Staat statt erneuter Sparpolitik

Die Mobilisierung privater Investitionen kann nicht alles sein. Erstens muss der Staat in der Lage sein, bei Bedarf die Kontrolle über strategische Sektoren und Assets auszuüben. Zweitens sind gute öffentliche Dienstleistungen für den sozialen Zusammenhalt und den Wohlstand von entscheidender Bedeutung. Ihre angemessene Finanzierung ist daher gut angelegtes Geld. Schließlich erfordert eine Reihe existenzieller Projekte – im Bereich Verteidigung, zur Anpassung an den Klimawandel oder zur Bewältigung humanitärer Krisen – massive öffentliche Investitionen, auch wenn sie keine finanzielle Rendite abwerfen. Nur die öffentliche Hand kann diese Finanzierungslücke schließen, die für private Investoren uninteressant ist.

Laut dem Bericht über die „Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ müssen zwischen 20 und 50 % des Investitionsbedarfs in Europa vom öffentlichen Sektor gedeckt werden. In ihrem Bericht „Europe's coming investment crisis“ aus dem Jahr 2024 schätzt die NRO *Finance Watch*, dass zwei Drittel des Bedarfs in Europa durch öffentliche Mittel gedeckt werden müssen, da privates Kapital wahrscheinlich nur ein Drittel des zur Vermeidung einer Investitionskrise benötigten Betrags aufbringen wird.¹⁵

Obwohl es völlig offensichtlich ist, dass die zahlreichen Herausforderungen Investitionen Europas in noch nie da gewesenem Ausmaß erfordern, hat die EU beschlossen, die Investitionskapazität der Mitgliedstaaten durch beispiellose Vorgaben für die Haushaltskonsolidierung zu untergraben. IndustriAll Europe hat sich gemeinsam mit dem EGB entschieden gegen die im März 2024 angenommene Reform der makroökonomischen Steuerung der EU ausgesprochen. IndustriAll Europe unterstützt insbesondere eine goldene Regel für Investitionen, nach der alle Projekte, die die Umsetzung der strategischen Agenda Europas unterstützen, vom Defizitkriterium ausgenommen werden.

¹⁴ EIB, „[Investment barriers in the European union – 2023](#)“.

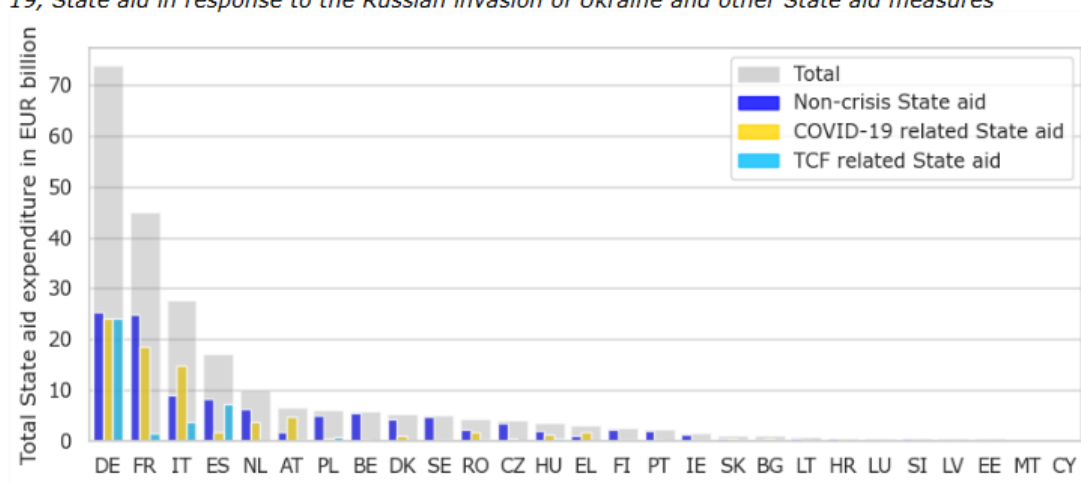
¹⁵ <https://www.finance-watch.org/wp-content/uploads/2024/07/Europes-coming-investment-crisis.pdf>

Um den Trend der versiegenden Investitionen in Europa umzukehren, ist es außerdem dringend erforderlich, eine Agenda für Steuergerechtigkeit zu erstellen, um private Gewinne besser abzuschöpfen und zu sozialisieren, zum Wohle und im Interesse der Allgemeinheit. In ihrem *Annual report on taxation 2024* hebt die Europäische Kommission hervor, dass „die Einnahmeverluste aufgrund von Gewinnverlagerungen von Unternehmen auf bis zu 20 % aller im Jahr 2022 in der EU erhobenen Körperschaftsteuereinnahmen geschätzt werden, was nominal etwa 100 Mrd. EUR entsprechen würde“.¹⁶ Ein koordinierter Ansatz zur Bekämpfung von Steuerbetrug, aber auch von Steuervermeidung – wie z. B. aggressive Steuerplanung, Steueroasen oder Steuervorbescheide – ist dringend erforderlich. Ein unregulierter Steuerwettbewerb der Regierungen, die die Körperschaftssteuer immer weiter senken, um wettbewerbsfähig zu bleiben, führt jedoch unweigerlich zu einem Wettlauf nach unten. Die Steuereinnahmen aus den Gewinnen großer Unternehmen gehen dann gegen null, sodass die Steuerlast größtenteils auf den Schultern der arbeitenden Bevölkerung liegt. Europa muss die Steuergesetze besser harmonisieren, um Steuermisbrauch durch multinationale Unternehmen zu stoppen.

4. Erhöhung der europäischen Investitionen

Angesichts der Polykrise ist auch ein höheres EU-Budget erforderlich. Erstens erscheinen die strategischen Investitionen in Europa im Vergleich zu den USA zu fragmentiert. Während beispielsweise die FuE-Ausgaben der öffentlichen Hand in der EU mit 0,74 % des BIP höher sind als in den USA (0,65 %), werden 131 Mrd. EUR aus dem US-Bundshaushalt bereitgestellt, während es in der EU nur 7 Mrd. EUR sind, wobei der Großteil der Finanzierung aus den Haushalten der Mitgliedstaaten stammt. Zweitens erhöhen die geringen EU-Mittel das Risiko, die regionalen Ungleichheiten innerhalb der EU zu vertiefen. 80 % der in der EU gewährten staatlichen Beihilfen entfallen auf fünf Mitgliedstaaten, und allein ein Drittel davon auf Deutschland.¹⁷ Da viele der am stärksten von der Industrie abhängigen Mitgliedstaaten nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügen, liegt es auf der Hand, dass zusätzliche EU-Mittel erforderlich sind, um den Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie (*Clean Industry Act*) erfolgreich umzusetzen, ohne die Kohäsionsziele zu untergraben.

Figure 3: Total State aid expenditure by Member State, in EUR billion breakdown between COVID-19, State aid in response to the Russian invasion of Ukraine and other State aid measures



¹⁶ <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/154705e0-38ef-11ef-b441-01aa75ed71a1/language-en> (S. 97–99).

¹⁷ [EU State Aid scoreboard 2023](#).

Nun, da wir uns dem Ende des Ausgabenzeitraums der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) nähern, muss darauf hingewiesen werden, dass den Mitgliedstaaten im Rahmen der Fazilität Zuschüsse in Höhe von bis zu 338 Mrd. EUR und Darlehen in Höhe von 385,8 Mrd. EUR zur Aufstockung des ordentlichen Haushaltsplans der EU (MFR) gewährt wurden. Mehr als ein Drittel dieser Mittel war für klimabezogene Maßnahmen zweckgebunden, während 16,6 Mrd. zur Finanzierung des REpowerEU-Plans verwendet wurden, der als Reaktion auf die Folgen des Krieges in der Ukraine für die Energieversorgung in Europa angenommen wurde. Konkret wurden aus der ARF auch 50 % der Mittel des Fonds für einen gerechten Übergang bereitgestellt. Der Europäische Rechnungshof hat jedoch erhebliche Bedenken hinsichtlich der Funktionsweise des ARF, der Gefahr von Doppelausgaben bei den Prioritäten und der unzureichenden Kontrolle und Überwachung geäußert.¹⁸ Das Fehlen einer zivilgesellschaftlichen Kontrolle der Fazilität ist für die Gewerkschaften ein großes Problem.

Ohne ein Nachfolgeprogramm für „NextGenerationEU“ droht in den kommenden Jahren (2026–2027) ein „EU climate funding cliff“ – d. h. ein plötzlicher Wegfall der Finanzierung im Klimaschutzbereich – für eine beträchtliche Anzahl strategischer Aktivitäten, darunter klimabezogene Ausgaben und der gerechte Übergang.¹⁹ Dieser Trend wird durch die neu verabschiedeten Fiskalregeln, die den Haushalt der Mitgliedstaaten stark einschränken werden, sowie durch den Beginn der Rückzahlung der gemeinsamen Schulden, die zur Finanzierung von NGEU aufgenommen wurden, noch verschärft.

Die Umgestaltung der europäischen Industrie zur Bewältigung des ökologischen und digitalen Wandels erfordert langfristige Investitionen mit ungewisser finanzieller Rendite, insbesondere für energieintensive Sektoren, die auch kapitalintensiv sind und langfristige Investitionszyklen aufweisen. Ein De-Risking dieser Investitionen wird entscheidend sein, um privates Kapital für die Umgestaltung von Industriesektoren zu mobilisieren. Europa muss mehr tun, um das Risiko bei der Einführung bahnbrechender Technologien zu minimieren, die für eine klimafitte und zukunftssichere Industrie unerlässlich sind, wie z. B. sauberer Wasserstoff oder die CO₂-Abscheidung und -Speicherung bzw. -Nutzung (CCUS). Natürlich muss die Sozialisierung des Risikos mit Möglichkeiten einhergehen, auch Gewinne zu sozialisieren und zu verhindern, dass eine Handvoll finanzstarker Investoren in unbotmäßiger Weise von öffentlichen Geldern profitiert. De-Risking-Instrumente müssen daher mit strengen sozialen, ökologischen und fiskalischen Auflagen verbunden sein.

Zur Vermeidung dieses Szenarios fordert industriAll Europe die EU nachdrücklich auf:

- ein „**NextGenerationEU 2.0**“-Programm mit ausreichender Finanzierung zu starten, um eine zukunftssichere EU-Industrie sichern, wobei hochwertige Arbeitsplätze im Mittelpunkt stehen müssen,
- die Verhandlungen zur Annahme des **Pakets neuer Eigenmittel** für den EU-Haushalt zu beschleunigen und abzuschließen, welches eine Vermögensteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine Digitalsteuer sowie eine Binnenmarktabgabe²⁰ oder einen „Mechanismus für staatliche Beihilfen“ umfasst, „der die Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Teil ihrer nationalen Mittel für die Finanzierung europaweiter Initiativen und Investitionen bereitzustellen“²¹, wie im Letta-Bericht vorgeschlagen. Langfristig wird die Entwicklung einer wirkungsvollen und zweckmäßigen europäischen Industriestrategie die Überwindung der politischen Fragmentierung erfordern, die Fortschritten bei der politischen Integration, einschließlich einer möglichen Fiskalkapazität der EU, im Wege steht,

¹⁸ <https://www.eca.europa.eu/en/news/NEWS-SR-2024-22>

¹⁹ Agora Energiewende, [Investing in the Green Deal](#).

²⁰ Siehe [The Justification, design and revenues of a single market levy](#).

²¹ Siehe [Much More than a Market](#).

- einen „**Green Deal Fund**“ der EU mit einem jährlichen Volumen von mindestens 1,6 % des BIP der EU einzurichten, was 260 Mrd. EUR (d. h. zusätzlichen klimabezogenen Investitionen) entspricht.
 - Die Ausgaben des Fonds müssen sich auf strategische Industrieprojekte in den Bereichen dekarbonisierte Energie, Energie- und Verkehrsinfrastruktur sowie verarbeitende Industrie (einschließlich Innovationen und FuE) konzentrieren, aber auch die Schaffung von Leitmärkten für saubere Produkte wie emissionsfreie Fahrzeuge oder saubere Heizsysteme für Privathaushalte unterstützen.
- die Fortführung und angemessene Finanzierung des **Fonds für einen gerechten Übergang** über das Jahr 2026 hinaus sicherzustellen,
- „**InvestEU**“ zu stärken, um die Entwicklung von Fertigungsaktivitäten zu unterstützen, die im Rahmen der Netto-Null-Industrie-Verordnung als strategisch eingestuft wurden,
- eine **EU-Agentur für Projektfinanzierung** mit Sozialpartnern in der Governance einzurichten, um sicherzustellen, dass alle EU-finanzierten Projekte strenge ökologische und soziale Auflagen erfüllen,
- auch Maßnahmen für Beschäftigte zu ergreifen, damit diese im Fall von Restrukturierung geschützt sind. SURE, der EU-Fonds zur Unterstützung nationaler Kurzarbeitsprogramme während der Pandemie, muss verlängert werden. Die Europäische Kommission sollte der Industrie und den Beschäftigten durch die Schaffung eines **Programms SURE 2.0** bei der Bewältigung dieser Krise zur Seite stehen. Ein solches Programm muss auch soziale Auflagen in Form von Bestimmungen zu Umschulung und Weiterbildung der Arbeitskräfte umfassen. Es sollte selbstverständlich sein, dass Unternehmen, die öffentliche Hilfen erhalten, Entlassungen und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verhindern müssen. Es ist auch moralisch nicht vertretbar, dass die öffentliche Unterstützung in Dividendenzahlungen fließt!